

K D G

Öffnungszeiten:

Mo. – Fr. Nach Vereinbarung
Sa./So 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Kurdisch-Deutscher-Gemeinschaftsverein e. V.
Helgoländer Str. 65, 27570

Seestadt Bremerhaven
- Der Magistrat

Hinrich-Schmalfeld-Straße
27576 Bremerhaven

Sehr geehrter Frau Meyer

wir beziehen uns auf das von Ihnen, genannte Schreiben und teilen Ihnen folgendes mit:

Der Kurdisch-Deutsche Gemeinschaftsverein e.V., stellvertretend für die gesamte kurdische Gemeinde in Bremerhaven, fühlt sich durch die Einschätzung des Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz zu Unrecht in die Nähe verfassungsfeindlicher Organisationen und Gruppierungen gerückt. Die Unterstellung, es bestünde eine enge Beziehung zum Verein „Birati e.V.“ entbehren jeder Grundlage. Uns ist dieser Verein zwar bekannt, doch besteht keinerlei inhaltliche, personelle oder strategische Übereinstimmung, geschweige denn Kooperation mit diesem. Unser Verein duldet keine Aktivisten jeglicher radikalen, extremistischen oder gar terroristischen Ideologie in seinen Reihen. Er agiert grundsätzlich eigenständig und unabhängig.

Wir stehen als Verein fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir stehen in unbedingtem europäischen Wertekonsens und fühlen uns als Vertreter des traditionsreichen Kulturvolkes der Kurden in besonderem Maße verpflichtet, eine Leitkultur der Aufklärung und Toleranz aktiv zu vertreten. Diese Werteorientierung ist ohne Zweifel auch aus der Geschichte der Kurden erwachsen. Das ursprüngliche Siedlungsgebiet unseres Volkes gilt seit Jahrtausenden als Wiege der Zivilisation und der menschlichen Kulturgeschichte.

Kontoverbindung

Kto.Nr.: 333 46 51

BLZ: 292 500 00

IBAN: DE25 2925 0000 0003 3346 51

BIC: BRLADE21BR5

K D G

Öffnungszeiten:

Mo. – Fr. Nach Vereinbarung
Sa./So 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Kurdisch-Deutscher-Gemeinschaftsverein e. V.
Helgoländer Str. 65, 27570

Zu unserem tiefen Bedauern müssen wir erneut feststellen, dass die Verfassungsschutzbehörden der Länder hinsichtlich des Kurdentums, der kurdischen Geschichte und der politischen Situation nur über nur in erschreckendem Ausmaß unzureichende Kenntnisse verfügen. So hatte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz vor einigen Jahren die kurdische Partei „KDP“, die Regierungspartei der Autonomen Region Kurdistan im Irak ist, als „Kommunistisch-Marxistisch“ eingestuft – weil man, sozusagen in Blaue hinein, das „K“ in „KDP“ als Abkürzung für das Wort „kommunistisch“ interpretierte. Tatsächlich steht es für „Kurdistan“. (Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass die KDP eine Schwesterpartei der CDU/CSU in Deutschland ist und engste Beziehungen zwischen der Barzani-Familie, der die KDP-Partei führt, und der Union bestehen). Erst nachdem der kurdische „Botschafter“ Dilshad Barzani gegen diese falsche und diffamierende Fehlinterpretation formal protestierte, wurde der fehlerhafte Bericht entfernt.

Ähnlich grundfalsche Angaben machte auch das Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, das in seinem Verfassungsschutzbericht für 2018/19 vermerkte, „die PKK“ habe in der Autonomen Region Kurdistan ein Unabhängigkeitsreferendum zur Abspaltung vom Irak durchgeführt. Der entsprechende Bericht war schlicht erlogen, und zwar aus gleich mehreren Gründen:

1. Die PKK lehnt einen Staat „Kurdistan“ offiziell ab, da sie dies als Nationalismus einstuft.
2. Die PKK hat keinerlei Regierungsmacht in der Autonomen Region Kurdistan (Irak).
3. Die PKK war strikter Gegner dieses Referendums.
4. Das Referendum wurde tatsächlich durch die kurdische Regierung unter Führung der KDP durchgeführt und wurde durch weltweit entsandte Wahlbeobachter begleitet.

Leider zieht sich die pauschale Einstufung aller Kurden als „PKK“ seit Jahren wie ein roter Faden durch die politische und mediale Rezeption in Deutschland. Sie zeugt, soweit es die Sicherheitsbehörden betrifft, leider von einer ausgesprochenen Inkompetenz und Ignoranz. Und leider müssen wir auch die aktuelle Fehleinschätzung des Bremerischen Verfassungsschutzes in diesem Kontext sehen und zumindest einen Mangel an Fachwissen beklagen. Wir gehen dabei wohlwollend davon aus, dass dieser Phantasiebericht der dünnen Personaldecke der Behörde geschuldet war, und nicht etwa ein irgendwie gearteter antikurdischer Rassismus oder „vorausseilender Gehorsam“ gegenüber den Lobbyvertretern

Kontoverbindung

Kto.Nr.: 333 46 51

BLZ: 292 500 00

IBAN: DE25 2925 0000 0003 3346 51

BIC: BRLADE21BR5

K D G

Öffnungszeiten:

Mo. – Fr. Nach Vereinbarung
Sa./So 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Kurdisch-Deutscher-Gemeinschaftsverein e. V.
Helgoländer Str. 65, 27570

des islam-faschistischen Erdogan-Regimes der Grund für den diffamierenden Versuch war, unseren Verein in die Nähe der PKK zu rücken.

Dieser Eindruck ist nicht allzu fernliegend - denn das Klischee, wonach Kurden, die nicht hinter Erdogan stehen, automatisch PKK-Sympathisanten seien, ist gängiger Duktus der türkischen Regierung und wird leider auch in Deutschland zunehmend unhinterfragt übernommen.

Verwirrend an dem aktuellen Verfassungsschutzbericht erscheint uns desweiteren, dass unserem Verein das gelegentliche Eintreten für die demokratische pro-kurdische Partei HDP (Partei der Völker) negativ ausgelegt wird. Die HDP ist als absolut gemäßigte politische Kraft im türkischen Parlament vertreten und hat keinerlei terroristischen Bezug. Auf Wahlveranstaltungen der HDP – auch in Bremen - haben hierzulande Vertreter von Grünen, SPD, CDU, der Linken und FDP gesprochen. Sie alle – also das breite Bündnis aller relevanten demokratische Parteien in Deutschland – haben bei den türkischen Wahlberechtigten in Deutschland aktiv für die Unterstützung dieser Partei geworben.

Der Umstand, dass wir als Verein an diversen Demonstrationen teilgenommen haben, an denen vermutlich auch Anhänger der PKK teilgenommen hatten, ließ sich schon deshalb nicht vermeiden, weil die PKK von vielen Menschen nicht als Terrororganisation gesehen wird, sondern als einer von nur wenigen Auswegen, sich dem türkischen Staatsterror entgegenzustellen. Tatsächlich ist die Verzweiflung vieler Kurden groß, denn ihre Volksgenossen wurden und werden durch die türkische Regierung seit über einem Jahrhundert systematisch verfolgt, gefoltert, unterjocht, vergewaltigt und ermordet. Die türkische Geschichte liest sich wie ein Vorstrafenregister voller Völkermord, Massaker und schlimmster Kriegsverbrechen.

Erst vor einer Woche haben die Vereinten Nationen (UN) offiziell bestätigt, dass der völkerrechtswidrige Überfall der friedlichen, kurdischen Enklave Afrin in Nordsyrien mit schlimmsten Kriegsverbrechen einherging, verübt von der türkischen Armee gemeinsam mit ihren dschihadistischen Partnern. Folgende systematisch begangene Verbrechen wurden aufgezählt: Plünderungen, Folterungen, Vergewaltigungen von Frauen und Kindern, Raub und

Kontoverbindung

Kto.Nr.: 333 46 51

BLZ: 292 500 00

IBAN: DE25 2925 0000 0003 **3346 51**

BIC: BRLADE21BR5

K D G

Öffnungszeiten:

Mo. – Fr. Nach Vereinbarung
Sa./So 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Kurdisch-Deutscher-Gemeinschaftsverein e. V.
Helgoländer Str. 65, 27570

Zerstörung von Weltkulturerbe, sowie Schändung religiöser Stätten (Quelle: <https://undocs.org/A/HRC/45/31>). Und es war die türkische Regierung, die seit 2014

Terrorgruppen wie Al Qaida und IS (Islamischer Staat) ausgiebig mit Waffen, Medizin, Logistik und Rückzugsmöglichkeiten versorgt hat – was sogar der Bundesnachrichtendienst (BND) als Auslandsgeheimdienst der Bundesrepublik Deutschland der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag im Zuge einer Anfrage bestätigt hat (Informationen: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article157727376/Wie-die-Tuerkei-islamistischen-Terroristen-hilft.html>).

Wir sind der Meinung, dass hier deutsche Staatsbürger kurdischer Abstammung, deren Familienmitglieder weiterhin unter diesem Terrorregime zu leiden haben, das gutes Recht haben, gegen diesen Terror zu demonstrieren. Sie fordern dabei nicht viel - nur Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Hierbei unterstützen wir sie. Wenn uns diese Forderung und unsere Teilnahme an friedlichen Proteste „terrorverdächtig“ macht, dann stellt sich die Frage fragen, wer hier Wahrheit „terrorverdächtig“ ist.

Wir möchten an dieser Stelle auch nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass gegen unseren Verein keinerlei strafrechtliche, vereinsrechtliche oder gar ordnungswidrige Vorwürfe oder gar Anklagen vorliegen. Wir leben die Demokratie und die kulturelle Vielfalt, und wir verteidigen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Es ist unser Ansinnen, als vorbildliche Staatsbürger täglich die Freiheit zu verteidigen und so unsere deutsche Heimat schützen.

Vor allem an die verehrten Ausschussmitglieder und die Vertreter der CDU möchten wir daher nochmals appellieren und klarstellen: Wir sind kein PKK-Verein. Wir sind ein Verein für alle Kurden, egal welche politische Ausrichtung jedes Individuum haben mag. Für uns zählt alleine das Festhalten an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Einzelne Sympathien für die PKK, die sicher emotional nachvollziehbar sind, machen einen Verein noch lange nicht zu einem „PKK-Verein“. Würde man denn so argumentieren, dann müsste man die CDU von der Parteienfinanzierung ausschließen, denn kein geringerer als der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Volker Kauder, hatte 2014 die PKK-Unterstützung mit deutschen Waffen gefordert und sich in einer vielbeachteten

Kontoverbindung

Kto.Nr.: 333 46 51

BLZ: 292 500 00

IBAN: DE25 2925 0000 0003 3346 51

BIC: BRLADE21BR5

K D G

Öffnungszeiten:

Mo. – Fr. Nach Vereinbarung
Sa./So 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Kurdisch-Deutscher-Gemeinschaftsverein e. V.
Helgoländer Str. 65, 27570

Rede bei der PKK persönlich für die Rettung zehntausender Jesiden vor den ISIS-Schlächtern bedankt.

Alles, worum wir baten und was wir beantragt haben, war die bescheidene finanzielle Förderung einer friedlichen Musikveranstaltung. Wir laden Sie alle herzlich dazu ein, sich selbst ein Bild von uns und unserem Verein zu machen. Kommen Sie gerne mit uns ins Gespräch und lassen Sie uns bei einem Glas Çay (kurdischer Tee) über Missverständnisse reden.

Bitte fallen Sie nicht auf die rassistische Propaganda der finanzkräftigen Erdogan-Lobby in Deutschland herein, die alle Kurden zu Terroristen stempeln will und eine Spaltung zwischen dem deutschen Staat, der deutschen Gesellschaft und der kurdischen Gemeinde herbeizuführen versucht!

Es stimmt, dass wir leider nicht in der Lage sind, Dutzende Lobbyisten in die Parlamente zu entsenden, so wie dies die AKP-Auslandsorganisation UED vermag. Wir haben auch nicht die Möglichkeit, im Freitagsgebet viele Muslime zu erreichen – anders als DITIB oder ATIB, die dort im Auftrag des Erdogan-Regimes für den Krieg und Rassenhass hetzen. Es widerspricht auch unserem Verständnis von Integration und Zusammenleben, nach außen „Kreide zu fressen“ und deutsche Parteien koordiniert zu unterwandern, um die deutsche Politik propagandistisch zu beeinflussen. Und wir können uns auch keine Institute oder Thinktanks wie die AKP etwa im Fall von SETA leisten, die in Wissenschaft und Forschung Hass und ihre Hetze verbreiten.

Was wir jedoch können, ist Ihnen einfach nur die Hand zu reichen und Sie zum gemeinsamen Austausch einzuladen – in der Hoffnung, dass Sie dies erwidern mögen.

Mit Freundlichen Grüßen

Der Vorstand

Kontoverbindung

Kto.Nr.: 333 46 51

BLZ: 292 500 00

IBAN: DE25 2925 0000 0003 3346 51

BIC: BRLADE21BRS